Südschleswigscher Wählerverband

Press release
Kiel, 21.10.2021

Etappensieg bei der Wiedereingliederung der SKK-Service GmbH: Das Rennen ist noch nicht vorbei

Die Service GmbH des Städtischen Krankenhauses Kiel (SKK) soll nach Aussagen der Verwaltung zum 01.01.2024 wieder in das SKK eingegliedert und die eklatante Lohnungleichheit damit endlich abgestellt werden. Die SSW-Ratsfraktion begrüßt diesen Erfolg, hätte sich aber gewünscht, dass diese Reaktion auf ihre Initiative zur Wiedereingliederung früher gekommen wäre. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Ratsherr Marcel Schmidt:

„Dass die Verwaltung unseren Ratsbeschluss zur Wiedereingliederung der Service GmbH ins Städtische Krankenhaus umsetzen wird, ist ein großer Erfolg für die Beschäftigten. Für diese Ankündigung des zuständigen Dezernenten Gerwin Stöcken waren jedoch Warnstreiks und Demonstrationen seitens der Beschäftigten und viel politischer Druck von uns und einer breiten Mehrheit der Ratsversammlung nötig. Dementsprechend ist es höchste Zeit, dass ein eindeutiges Signal von der Verwaltungsspitze kommt; wäre man dort entscheidungsfreudiger gewesen, wäre jetzt schon wesentlich mehr erreicht.

An Wissen über die unfaire Bezahlung in der Service GmbH hat es jedenfalls nicht gemangelt: Das war spätestens nach unserer Großen Anfrage zur Bezahlung der Beschäftigten der Landeshauptstadt Kiel (Drs. 0054/2019) vorhanden. Nach dem wir die Initiative zur Wiedereingliederung mit frühzeitiger Unterstützung der Linken und Zustimmung von SPD, Grünen und FDP ins Rollen gebracht hatten, ist leider sehr viel Zeit vergangen. Deshalb müssen wir feststellen, dass die Angelegenheit an dieser Stelle mitnichten erledigt ist. Die Ankündigung von Gerwin Stöcken ist der Startschuss für einen Prozess, der von der Politik aufmerksam und beharrlich begleitet werden muss, damit das angestrebte Ziel - die Bezahlung der Servicekräfte

nach TVöD - auch wirklich umgesetzt wird. Es liegen noch genug Hürden auf dem Weg, die wir beseitigen müssen. Deshalb ist es unerlässlich, dass die Tarifverhandlungen in der Zwischenzeit bereits eine spürbare Lohnerhöhung bei den Beschäftigten ergeben. Wir hielten es für inakzeptabel, wenn die Beschäftigten für mehr Lohn bis zu endgültigen Wiedereingliederung warten müssten. Denn bis 2024 ist es noch eine lange Zeit.“